

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 1. Februar 1963

Blatt 205

Kostbare Goldschätze und Teppiche auf dem Stubenring

Ausstellung "7.000 Jahre Kunst aus Iran" wurde Wiener Sensation

Der fünftausendjährige bärtige Mann mit abrasiertem Schnurbart

1. Februar (RK) Das Museum für angewandte Kunst am Stubenring, Eingang in der Weiskirchnerstraße, ist mit der phantastischen und kostbaren Ausstellung "7.000 Jahre Kunst aus Iran" eine Wiener Sensation geworden. Die über zwei Geschosse ausgebreitete Schau mit mehr als 700 aus der ganzen Welt zusammengetragenen Kunstwerken wurde erst vor wenigen Tagen eröffnet und hatte bereits 5.000 Besucher. Nur wenige Plakate machen auf die Ausstellung aufmerksam, und auch die lassen nicht annähernd ahnen, welche Schätze sich den Besuchern darbieten. Gebennt steht man vor der fünf Kilogramm schweren, in Altpersisch, Babylonisch und Elamisch beschrifteten Goldplatte des Königs Darius aus dem 6. Jahrhundert v. Chr. und vor einer großen Goldschüssel, die Persien vom Britischen Museum in London um vier Millionen Schilling zurückgekauft hat. Faszinierend ist die 5.000 Jahre alte "Statuette eines bärtigen Mannes mit abrasiertem Schnurbart". Eindrucksvoll ist auch das etwa 25 Quadratmeter große Modell der rekonstruierten Tempelstadt Persepolis. Klar ist, daß man in dieser persischen Ausstellung auch "Perser" findet, und zwar die berühmtesten Teppiche der ganzen Welt, wovon wieder die allerkostbarsten dem Wiener Museum für angewandte Kunst gehören.

./.

Die Ausstellung war vorher in jeweils ähnlicher Zusammenstellung in Paris, Essen, Zürich und Den Haag zu sehen. Immer war ihr ungewöhnlicher Erfolg beschieden. Die Wiener Fassung ist aber am reichhaltigsten, weil unsere eigenen Museen und Galerien viele einmalige Kunstgegenstände beisteuern konnten.

Kein gewöhnlich sterblicher Perser hat in seinem Leben die Möglichkeit, eine solche Häufung von Kunstschatzen seines Volkes zu sehen, wie sie gegenwärtig und noch in den nächsten Wochen den Wienern zur Verfügung steht.

Die Ausstellung ist täglich, auch an Sonn- und Feiertagen von 10 bis 19 Uhr geöffnet. An allen Tagen findet um 17.30 Uhr eine Führung statt, an Samstagen und Sonntagen außerdem noch um 10.30 Uhr. Der Eintritt beträgt weniger als die meisten Kinokarten kosten, nämlich für Erwachsene 10 Schilling, für Studenten 5 Schilling und für Kinder 2 Schilling. Der mehr als 250 Seiten starke Katalog mit fast 100 ganzseitigen Abbildungen ist um 40 Schilling ein preiswertes Kunstbuch.

Spezialführung durch die "Islamische Epoche"

Sonntag, den 3. Februar, um 10.30 Uhr, macht Dr. Dora Heinz eine Spezialführung durch die persische Kunstaussstellung, bei der sie die "Islamische Epoche" behandelt.

- - -

## Ballkalender

=====

1. Februar (RK) In der Woche vom 4. bis 10. Februar finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Montag: Sofiensäle (Ball vom Grünen Kreuz, Jägerball).

Dienstag: Parkhotel Schönbrunn (Hietzinger-Ball).

Mittwoch: Hofburg (Hofburgball des Wiener Kaffeehausgewerbes), Parkhotel Schönbrunn (Ball des Gardebataillons), Sofiensäle (Österreichischer Wirtschaftsbund Favoriten).

Donnerstag: Konzerthaus (Ball der Technik), Palais Pallavicini (Österreichische Campagnereiter-Gesellschaft), Sofiensäle (Ball der Jugend).

Freitag: Bayrischer Hof (Kränzchen der Firma Liegle) Casino Zögernitz (1. Tag ÖKISTA-Gschnas), Grünes Tor (ÖVP-Alsergrund), Hernalser Vergnügungszentrum (Ball der einsamen Herzen), Konzerthaus (Wiener Handelsakademie), Meierei Stadtpark (Betriebsrat der Union-Film-Gesellschaft), Messepalast (Landesinnung Wien der Kürschner, Handschuhmacher und Gerber), Palais Auersperg (Firma Wagner-Biro), Palais Festetics (Verein der Absolventen der Hotelfachschulen Österreichs), Parkhotel Schönbrunn (Roni-Werke), Schwechater Hof (Österreichischer Luftfahrt- und Flugsicherungs-Verband), Sofiensäle (Verband der Alttechnologen), Wimberger (Firma Elin).

Samstag: Arbeiterheim Favoriten (Gewerkschaft der Eisenbahner), Baumgartner Kasino (Erster Männergesangverein der städtischen E-Werke), Bayrischer Hof (Fahrschule Schwedenplatz), Casino Zögernitz (2. Tag ÖKISTA-Gschnas), Grünes Tor (Schuhmacher-Innung), Hernalser Vergnügungszentrum (Schlimmer Mädler-Ball), Kolpinghaus (Kolping-Familie Wien-Zentral), Konzerthaus (Ball der Solidarität), Künstlerhaus (Künstlerhaus-Gschnasfest "Kitsch as Kitsch can"), Messepalast (Firma Litega), Österreichischer Gewerbeverein (Studentenverbindung Thuringia), Palais Auersperg (Firma Ruthner), Palais Palffy (Jugendklub Währing), Palais Schwarzenberg (Oliver M. Tarsy), Parkhotel Schönbrunn (Vereinigung der Radiohändler), Schwechater Hof (Firma Tarbuk), Simmeringer Hof (Simmeringer Wirtschaftsbund), Sofiensäle (Österreichische Bundesgendarmerie),

S.K.S.

./.

Sokolsäle ( Pfarre Königin des Friedens), Weißer Engel (Penzinger Bürgerball), Wiener Stadthalle (6. Unteroffiziersball der Garnison Wien), Wimberger (ÖVP-Fünfhaus).

Sonntag: Casino Zögernitz (Pfarre Kaasgraben), Schwechater Hof (Orchester der Post- und Telegraphen-Bediensteten), Sofien-säle (Tanzschulen R. Fränzel, Immervoll und Schmidtschläger), Weißer Engel (Neu-Ottakringer Pfarr-Ball), Wimberger (Alpine Gesellschaft "D'Kamptaler").

- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in der kommenden Woche

=====  
1. Februar (RK) In der kommenden Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Dienstag, 5. Februar:

17 Uhr, Leopoldstadt, Karmelitergasse 9, 2. Stock.

- - -

Trinkwasserstandsmeldung

=====

1. Februar (RK) Heute früh wurden in der Zentrale der Wiener Wasserwerke folgende Zahlen für die vorhergegangenen 24 Stunden abgelesen: Zuflüsse 381 Millionen Liter, Verbrauch 416 Millionen Liter, Stand in den Behältern 403 Millionen Liter.

- - -

Brennstofftransporte auch zum Wochenende  
=====

1. Februar (RK) Der durch die abnormale Kälte verursachte große Bedarf an festen und flüssigen Brennstoffen bedingt den Einsatz aller Transportmöglichkeiten. Derzeit besteht ein Fahrverbot für Lastkraftwagen ab Samstag mittag bis Sonntag Mitternacht. Ausnahmen können nur für jeden Einzelfall gegeben werden, wozu ein Ansuchen erforderlich ist.

Um dieses zeitraubende Verfahren im Hinblick auf den Notstand abzukürzen, hat Stadtrat Lakowitsch die dafür zuständige Magistratsabteilung für Technische Verkehrsangelegenheiten angewiesen, die Polizei zu ersuchen, Brennstofftransporte zunächst im Februar am Wochenende als genehmigt zu behandeln. In dieser Zeit braucht also keine Einzelgenehmigung eingeholt zu werden.

- - -

Bürgermeister Jonas in Karlsruhe  
=====

1. Februar (RK) Bürgermeister Jonas ist heute mittag vom Westbahnhof aus nach Karlsruhe gefahren, um an der Tagung des Präsidialrates des Rates der Gemeinden Europas teilzunehmen. Die Arbeitstagung findet am 2. und 3. Februar im Gästehaus der Stadt Karlsruhe statt. Bürgermeister Jonas wird Montag früh wieder in Wien sein.

- - -

## Appell an die "Laterndl-Parker"

=====

1. Februar (RK) Nach den starken Schneefällen sind die über Nacht in den Straßen parkenden Autos große Hindernisse für den Verkehr und die Schneeräumung. Viele dieser Autobesitzer werfen in der Früh den beim Anfahren hinderlichen Schnee einfach auf die Fahrbahn und verschlechtern damit die Verkehrsverhältnisse noch mehr. Im Hinblick auf das kommende Wochenende, an dem viele Wagen zwei Tage und drei Nächte unbenutzt bleiben werden, appelliert die Stadtverwaltung an die "Laterndl-Parker", in ihrem eigenen Interesse und im Interesse eines flüssigen Verkehrs, ihre Wagen von Zeit zu Zeit freizuschaufeln, den Schnee aber nicht auf die Fahrbahn zu werfen, sondern am Gehsteigrand aufzuhäufen.

- - -

## Rekordmenge an Schnee - Rekordzahl an Schneeschauflern

=====

1. Februar (RK) In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde ein Rekord hinsichtlich der Ergiebigkeit der Schneefälle in diesem Winter, aber auch eine Rekordhöhe beim Einsatz von Schneeschauflern erreicht. Bereits um Mitternacht wurden in Wien von der Stadtreinigung und den Verkehrsbetrieben nicht weniger als 4.621 Schneeschaufler aufgenommen, was bedeutet, daß zusammen mit dem städtischen Personal von 1.279 Mann heute nicht weniger als 5.900 Menschen mit der Schneeräumung beschäftigt waren. Dazu kamen 248 Schneepflüge und 96 andere Fahrzeuge und Geräte samt Personal, die für die Schneeräumung verwendet wurden.

- - -

## Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

1. Februar (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen.

An Anfragen lagen zwei von Gemeinderäten der FPÖ vor und drei von Gemeinderäten der ÖVP. Es wurden ferner drei Anträge von den Gemeinderäten der ÖVP eingebracht, die im einzelnen den Ersatz des durch die Sozialtarife bedingten Einnahmeentganges der Verkehrsbetriebe durch die Hoheitsverwaltung betreffen, ferner die Führung einer städtischen Autobuslinie über die dritte Donaubrücke und die Herabsetzung der Manipulationsgebühr für zinsfreie Instandhaltungsdarlehen. Die Gemeinderäte Lauscher und Genossen, KLS, haben eine Anfrage an den Bürgermeister gerichtet, betreffend die Einbürgerung des belgischen Kriegsverbrechers Verbelen und deren Verlesung und Besprechung verlangt. Vor Schluß der Sitzung soll über dieses Verlangen abgestimmt werden. Die Gemeinderäte Peter und Genossen, FPÖ, haben an den Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII eine Anfrage gerichtet, betreffend Wassernotstand in Wien und gleichfalls die Verlesung und Besprechung verlangt. Auch über dieses Verlangen soll vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Bürgermeister Jonas teilte sodann mit, daß Stadtrat Koci gemäß § 20, Abs. 2 der Geschäftsordnung das Wort für eine Mitteilung über die Trinkwasserversorgung verlangt hat.

Stadtrat Koci nimmt die in der vergangenen Woche aufgetretenen Schwierigkeiten in der Trinkwasserversorgung zum Anlaß, um die Mitglieder des Gemeinderates, die Bevölkerung und auch die Presse über die Wassersituation richtig zu informieren. Der Verbrauch und die geringe Wasserzufuhr führten am 19. Jänner. dazu, die Bevölkerung aufzurufen, mit Wasser zu sparen. Zu einer Katastrophe, wie einige Zeitungen berichteten, ist es glücklicherweise nicht gekommen. Der Stadtrat versichert, daß es dazu auch nicht kommen wird, wenn die Zeitungen nicht für eine Katastrophenstimmung sorgen, sondern die Bevölkerung - wie überall in der Welt, wenn ein Notstand gegeben ist - zur Sparsamkeit aufrufen, um Zwangsmaßnahmen verhindern zu helfen. Glücklicherweise hat die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit für die augenblickliche Situation das erforderliche Verständnis aufgebracht.

Die Wasserwerke mußten am 23. Jänner im ganzen Stadtgebiet laufend Umstellungen im Leitungsnetz vornehmen, um dem Druckmangel nach Möglichkeit begegnen zu können. Trotzdem war es in einigen Teilen der Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 12 und 15 sowie in den höher gelegenen Teilen des Versorgungsgebietes der Behälter Schmelz und Wienerberg nur möglich, das Wasser höchstens bis in das erste Stockwerk zu bringen. Durch diesen Umstand sind auch in den Universitätskliniken Versorgungsschwierigkeiten aufgetreten, weil sie an sich hochgelegen und ihre Innenleitungen überlastet sind.

Samstag, den 26. Jänner, hat sich bereits eine gewisse Stabilisierung angebahnt, die sich am darauffolgenden Sonntag fortsetzte. Seit Montag ist laufend eine leichte Besserung eingetreten.

Stadtrat Koci erläutert dann, wie man zu dem oft bemängelten Kopfliter-Verbrauch kommt. Viele sind nämlich der Meinung, daß es ganz ausgeschlossen wäre, daß der Einzelne 280 oder 300 Liter und mehr Wasser täglich verbrauchen kann. Im Jahresdurchschnitt für 1962 wurden rund 280 Liter Wasser pro Kopf und Tag verbraucht. Von diesen 280 Litern wurden jedoch 90 Liter für Industrie und Gewerbe (das sind 32 Prozent) verbraucht. Diese Verbrauchsmenge muß aber nochmals unterteilt werden, und zwar entfielen 45 Liter auf das Lebensmittelgewerbe und die Lebensmittelindustrie und 45 Liter auf die sonstige Industrie. Der überwiegende Teil der Industrie versorgt sich jedoch bereits aus eigenen Brunnenanlagen. 50 Liter wurden für öffentliche Zwecke, also für Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, Bäder, Schulen, Wäschereien usw. verwendet. Es entfallen demnach nur mehr 140 Liter auf jeden Bewohner unserer Stadt. Hier muß man aber das Kleingewerbe, wie Friseure, Fleischhauer, Gastwirte usw. berücksichtigen, die täglich mindestens 20 Liter pro Kopf der Bevölkerung benötigen. Es verbleiben somit pro Einwohner rund 120 Liter als Tagesverbrauch oder 43 Prozent jener Tagesmenge, die im vergangenen Jahr an Wasser durchschnittlich der Wiener Bevölkerung zugeführt wurden. Nicht vergessen darf man die Wassermenge, die von den Wäschereien gebraucht wird. Aus diesen Angaben kann man ersehen, wieso eine derart hohe Kopfliterzahl zustande kommt.



Der Stadtrat schildert dann im Hinblick auf die verschiedenen Zeitungsmeldungen, was in den letzten Jahren unter anderem auf dem Gebiete der Neuerschließungen für die Wasserversorgung geschehen ist.

So wurde im südlichen Wiener Becken, und zwar im Bereich der Überlandstrecke der I. Hochquellenleitung, durch Verträge mit mehreren Gemeinden eine Verbundwirtschaft begründet, aus der dem Leitungskanal der I. Hochquellenleitung insgesamt 27.160 Kubikmeter im Tag zugeführt werden. Dazu kommt noch der Großbehälter in Neusiedl, der 1959 in Betrieb genommen wurde. Die 1962 gewonnene Wassermenge betrug 2,8 Millionen Kubikmeter, was einer Fördermenge von durchschnittlich 8.000 Kubikmeter im Tag entspricht. In weniger trockenen Jahren steigt diese Menge auf fünf bis sechs Millionen Kubikmeter.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Kläfferquellen-Nachfassung gebaut. Durch die Erbauung des Brunnenfeldes im Holzäpfeltal wurde mit einem Kostenaufwand von 2,8 Millionen Schilling eine Wassermenge von rund 10.000 Kubikmeter pro Tag erschlossen. Um einer möglichen dauernden Minderergiebigkeit der Quellen der II. Hochquellenleitung entgegentreten zu können, wurden die Pfannbauernquelle und die Pirknerquelle gekauft. Ebenso wurde die Schreierbachquelle im Steinbachtal bei Göstling gefaßt, die täglich 7.000 Kubikmeter bringt.

1959 hat die Gemeinde das Wientalwerk gekauft, und in den letzten Wochen konnte dort die Abgabe auf 24.000 Kubikmeter einwandfreien Wassers im Tag gesteigert werden.

Im Grundwasserwerk Nußdorf konnte die Kapazität nach dem im Jahre 1960 vollendeten Umbau verdoppelt und auf 100.000 Kubikmeter pro Tag erhöht werden. Dieses Mehraufkommen von 50.000 Kubikmeter im Tag ist krisenfest und steht auch jetzt zur Verfügung.

Durch die Erwerbung und Sanierung der Laudon-Wasserleitung in Hadersdorf-Weidlingau und durch die Vollendung der ersten Ausbaustufe des Grundwasserwerkes Freudenau etc. wurde eine Wassermenge von durchschnittlich 15.000 Kubikmeter pro Tag gesichert.

Das gesamte Mehraufkommen der letzten Jahre beträgt somit rund 123.000 Kubikmeter pro Tag, eine Menge, die der Wasserführung der I. Hochquellenleitung bei normaler Quellschüttung nahekommt. Für alle diese zusätzlichen Neuerschließungen hat die Gemeindeverwaltung weit mehr als 100 Millionen Schilling aufgewendet, neben den 102 Millionen Schilling für die Errichtung des Großbehälters Neusiedl. Darüber hinaus konnte aus zwei Brunnen im 21. und 22. Bezirk die von den gewerblichen Eigentümern nicht benötigte Wassermenge - derzeit sind es 8.000 Kubikmeter pro Tag, maximal jedoch bis 20.000 Kubikmeter pro Tag - in das städtische Netz geleitet werden. Die hervorragende Qualität dieses Wassers macht sogar die Chlorierung entbehrlich.

Der Referent schildert dann in eingehender Weise die umfangreichen behördlichen Verfahren für die projektierten Grundwasserwerke Lobau und Moosbrunn-Ebreichsdorf - naturschutzbehördliche, wasserrechtliche, baubehördliche, elektrizitätsrechtliche, privatrechtliche Verfahren -, die notwendig waren, um überhaupt mit der Erschließung beginnen zu können.

Der Stadtrat setzt sich dann mit einigen einschlägigen Pressemeldungen der letzten Zeit auseinander. So verweist er auf die "Neue Front", die von zu wenig Tankwagen schrieb. Tatsächlich aber mußte die Gemeinde überhaupt keine Tankwagen einsetzen, außer bei einem Gebrechen, und dafür waren noch nie zuwenig vorhanden. Weiter heißt es in dem Bericht, daß in einigen Wiener Bezirken die Entnahmezeit für Wasser auf eine halbe Stunde pro Tag eingeschränkt werden mußte. Niemandem ist aber bekannt, daß irgendjemand das verfügt hätte - außer vielleicht der Hausbesorger. Die Journalisten mögen sich doch bemühen, der Wahrheit die Ehre zu geben.

Der "Kurier" wieder schrieb in der Schlagzeile "Zusammenbruch der Wasserversorgung" bzw. "Wasserwerke erwägen tägliche Rationen für Wien". Kein Mensch hat davon gesprochen und kein Mensch hat daran gedacht, weil es auch gar nicht notwendig ist und das Ziel auch mit einfachen Sparmaßnahmen erreicht werden kann. Die "Neue Tageszeitung" brachte eine Meldung "Wien vor

Wasserkatastrophe" und schrieb in einem anderen Artikel, daß im Neusiedler Großbehälter der Wasserstand bis auf die sogenannte Brandreserve gesunken ist. Ich frage jetzt nur, wozu wir in Neusiedl im Steinfeld eine Brandreserve benötigen, denn bis wir das Wasser von dort hereinbekämen, wäre das Objekt längst abgebrannt. Wenn das "Volksblatt" die Sozialisten in der Gemeinde für die Verzögerung des Baues der III. Wasserleitung verantwortlich macht, so sei dazu festgestellt, daß, wenn es eine Verzögerung gegeben hat, daran die ÖVP Niederösterreichs die Schuld trägt.

Ich habe mich bemüht, aufzuzeigen, sagte Stadtrat Koci weiter, was in den letzten Jahren geschehen ist. (Stadtrat Schwaiger: Alles viel zu spät!) Sie werden wohl zugeben, daß, wenn wir in diesen letzten zehn Jahren täglich 123.000 Kubikmeter zusätzlich aufbringen konnten, wohl mehr als genug geschehen ist. Die Gemeinde unterläßt nichts, um dem gesteigerten Bedarf der Wiener Bevölkerung mit Trinkwasser Rechnung zu tragen. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Peter (FPÖ) dankt zunächst Stadtrat Koci, daß er sich die Mühe genommen hat, dem Gemeinderat über den Wassernotstand zu berichten. Natürlich hat der Stadtrat alles getan, um die Lage möglichst rosig darzustellen, meint der Debattenredner. Aber die Bevölkerung interessiert sich wenig für die Details, sondern ihre Sorge ist, Wasser zu haben. Der Redner vertritt die Ansicht, daß zur Besserung der Wasserversorgung alles viel zu spät unternommen wurde. Stadtrat Koci hat dies auch ungewollt bestätigt. Seit dem Bau der ersten Hochquellenleitung steigt der Wasserverbrauch ununterbrochen, und so hätte man auch die jetzige Entwicklung voraussehen müssen. Der Redner bedauert auch, daß Stadtrat Koci nichts darüber gesagt hat, was die Gemeinde an Sofortmaßnahmen vorsieht, um den Wassernotstand zumindest zu lindern. Er könne sich zum Beispiel vorstellen, daß man für Gewerbe und Industrie Nutzwasser aus der Donau entnehmen könnte.

Abschließend teilt der Redner mit, daß seine Fraktion ihre dringliche Anfrage zurückziehe, weil jetzt Gelegenheit war, zu dem Thema zu sprechen.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) sagt, daß in den letzten zehn Jahren wirklich etwas getan worden ist, doch in der Zeit vorher stand man dem Problem keineswegs mit dem gleichen Interesse gegenüber. Bis zur Vollendung der dritten Wasserleitung wird es also nun noch zehn Jahre dauern, und das Grundwasserwerk Lobau wird in fünf Jahren fertig sein. In diesem Zusammenhang bezieht sich der Redner auf die Anfrage der ÖVP wegen des zweiten Brunnens in der Lobau. Stadtrat Koci hat gesagt, daß der Pumpversuch dort noch nicht läuft, weil die Wasserrechtsbehörden keine Genehmigung erteilt haben. Der Redner behauptet dazu, daß noch gar nicht angesucht wurde.

Abschließend sagt GR. DDr. Strunz, wenn wir unserer Bevölkerung das Wasser geben wollen, das sie braucht, dann dürfen wir uns nicht auf das Wetter verlassen, oder darauf, daß ständig gespart werden muß. Die Versorgung Wiens mit Wasser muß deshalb an die erste Stelle gerückt werden.

GR. Marek (SPÖ) führt aus, daß die Naturkatastrophe, die dieser Winter darstellt, nicht nur Österreich, sondern alle europäischen Länder heimsucht. Es war notwendig, daß heute über den Wassermangel gesprochen wurde. Stadtrat Koci habe in sehr überzeugender Weise alle Maßnahmen und die große Arbeit zur ständigen Verbesserung der Wasserversorgung, die in den letzten zehn Jahren geleistet wurde, geschildert.

Der Redner verwahrt sich dann gegen die ungerechte Berichterstattung in den Zeitungen. Niemandem würde es einfallen, zum Beispiel die Stadtverwaltung von New York verantwortlich zu machen, wenn Schneestürme über diese Stadt brausen. Wenn aber in Wien eine Naturkatastrophe auftritt, dann kommt immer wieder das alte Lied: die Sozialisten im Rathaus! Der Redner verwahrt sich besonders gegen die Unterstellungen in den beiden ÖVP-Blättern und gegen den Express-Artikel über die "Wasserdetektive". Er weist diese Unterstellungen mit aller Entschiedenheit zurück. Wir Sozialisten wollen mit einer Kundmachung an das Verantwortungsbewußtsein der Bevölkerung appellieren, wir wollen aber keine Denunzianten, weil wir es am eigenen Leib erlebt haben, was Denunziation heißt!

Abschließend meint GR. Marek, man müsse sich hier auf einer Linie finden und dieses ernste Problem auch ernst behandeln.

Stadtrat Heller (SPÖ) berichtet sodann über das Projekt der neuen Fußgängerpassage "Operngasse" und unterrichtet den Gemeinderat über einige technische Details dieses Bauwerkes. Es sind vier Eingänge vorgesehen. Zugleich wird die Ringstraße vor der Oper auf fünf Fahrspuren erweitert und die Straßenbahnhaltestelleninsel vor dem Opernringhof bekommt ein Flugdach. Eine unterirdische Verbindung der beiden Passagen vor der Oper ist im Hinblick auf die beträchtlichen Mehrkosten nicht vorgesehen. Die Gesamtkosten der Fußgängerpassage "Operngasse" werden voraussichtlich 24 Millionen Schilling betragen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß seine Fraktion diesem Bauvorhaben die Zustimmung geben wird, auch wenn seiner Meinung nach dieses Projekt in der Rangordnung der Dringlichkeit keinesfalls an erster Stelle stehen sollte. Als ein viel dringlicheres Projekt bezeichnet er den Umbau der Lastenstraße und des Karlsplatzes. Beide Verkehrsbauten werden aber immer wieder zurückgestellt. Er verweist dann darauf, daß der Baubeginn der Passage "Operngasse" mit einer einjährigen Verzögerung jetzt begonnen wird und bezweifelt zugleich, ob die Bautermine für diese Unterführung auch eingehalten werden können.

Er stellt dann die Frage, warum diese neue Passage nicht schon seinerzeit gleichzeitig mit der Opernpassage errichtet wurde. Damals hätte die heute urgierte Verbindung der beiden unterirdischen Verkehrsbauten viel leichter zustande kommen können. In diesem Zusammenhang appelliert er an die verantwortlichen Stellen, künftig solche Projekte nach dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit zu planen.

Stadtrat Heller erinnert in seinem Schlußwort an seine Ausführungen in der letzten Budgetdebatte, in denen er über das Projekt der Fußgängerpassage den Gemeinderat eingehend unterrichtete. Natürlich könne man heute fragen, warum dieses Projekt nicht schon längst realisiert wurde. Man wird aber immer solche Fragen stellen, auch bei Bauwerken, die erst in den kommenden Jahren geplant werden.

Man darf nicht außer acht lassen, daß die Überlegungen der Stadtverwaltung über die Dringlichkeit eines unterirdischen Bauwerkes vor einigen Jahren andere waren als sie es heute sind. Die Fußgängerfrequenz an der Operngasse beträgt heute 80.000 Personen im Tag und ist viel höher als sie zum Zeitpunkt der Projektierung der ersten Passage vor der Oper gewesen ist.

Der Umbau der Lastenstraße und des Karlsplatzes ist im Voranschlag 1963 enthalten, und es geht derzeit nur um die **Klärung einiger Verkehrsprobleme auf dem Karlsplatz.** Stadtrat Heller versicherte, daß mit dem Umbau aber in kürzester Zeit begonnen wird. In der Operngasse sind bereits sämtliche Einbauten fertiggestellt, sodaß der Erdaushub jetzt in Angriff genommen werden kann. Die Bauzeitpläne sind so erstellt, daß Ende 1963 der Rohbau abgeschlossen sein wird. Gegen Mitte 1964 wird die Passage der Benutzung übergeben.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Fußgängerpassage "Operngasse" einstimmig angenommen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) referiert dann den Antrag auf Erhöhung des für den Umbau und die Wiederinstandsetzung des Kursalons genehmigten Kredites von elf Millionen Schilling auf 16,5 Millionen Schilling. Er begründet diese Erhöhung mit dem Hinweis auf die beträchtlichen Bauschäden an diesem Objekt, die ursprünglich nicht festgestellt werden konnten. Der Bauausschuß hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und die Unterlagen der Baukostenüberprüfungen sorgfältig untersucht.

GR. Hausner (KLS) erklärt, daß seine Fraktion dem Umbau, bzw. der Wiederinstandsetzung des Kursalons bereits im Jahre 1961 nicht zugestimmt hat und daher auch der heute beantragten Erhöhung nicht zustimmen wird. Seine Fraktion vertritt die Ansicht, daß derart hohe Beträge der vordringlichsten Aufgabe unserer Stadtverwaltung, nämlich die Schaffung von Wohnraum, zur Verfügung gestellt werden müßten. Es sei auch unklug, die Bauwirtschaft mit derartigen Bauvorhaben zu belasten. Der Kursalon wird aber auch mit der beantragten Erhöhung kaum so instandgesetzt werden können, wie es notwendig wäre. In Zukunft müßte man derartige Bauvorhaben vor ihrer Inangriffnahme gründlicher planen und auch überlegen, ob es nicht vielleicht zweckmäßiger wäre, an ihrer Stelle gleich ein neues Gebäude zu errichten.

./.

GR. Neset (FPÖ) stellt fest, daß es auch zu den Aufgaben einer Stadtverwaltung gehört, Gebäude von repräsentativem Wert zu erhalten. Als man seinerzeit über das Projekt Kursalon diskutierte, gab es zwar die verschiedensten Meinungen. Ein Großteil der Wiener Bevölkerung war jedoch für die Erhaltung des Lokalkolorites und gegen die Errichtung eines modernen Glaspalastes an seiner Stelle. Das Bauamt hatte seinerzeit ein Wiederherstellungsprojekt ausgearbeitet, das Kosten von rund 22 Millionen Schilling erfordert hätte. Leider hat man diesen Betrag damals als zu hoch bezeichnet und das Projekt geändert. Nach der augenblicklichen Situation dürfte man, wie die heute beantragte Erhöhung zeigt, trotzdem auf den ursprünglich angenommenen Betrag kommen. Als unbegreiflich bezeichnet es der Redner, daß die statischen Berechnungen erst nach Inangriffnahme der Bauarbeiten erfolgten. Statische Berechnungen müßten aber die Grundlage für die Durchführung jedes Bauwerkes sein. Hoch erscheint der Betrag für die Fassadenwiederherstellung nach Schäden während der Bauarbeit. Eine Reihe von Schäden hätte sich bei sorgfältigerer Arbeit sicherlich vermeiden lassen. Der Redner regt an, künftige Bauvorhaben lieber gleich etwas höher zu dotieren. Man könnte sich dann die ständigen Überschreitungen ersparen. Die FPÖ werde dem Antrag zustimmen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) erklärt, die Stadtverwaltung sei sich ihrer Verpflichtung auf dem Sektor des Wohnungsbaues voll bewußt, es gebe aber in einer Großstadt darüber hinaus noch viele andere Probleme zu lösen. Beim Kursalon war es so, daß man vor dem Entschluß stand, ihn entweder zu sperren, das Gebäude wegzureissen und an seiner Stelle ein neues zu errichten oder es zu restaurieren. Durch die Restaurierung werden der Bevölkerung jedoch keinesfalls Mittel vorenthalten, die für den Wohnungsbau hätten verwendet werden können.

./.

Durch den Pachtvertrag mit dem Pächter des Kursalons ist eine dreißigjährige Amortisation des Betrages und eine sechsprozentige Verzinsung gewährleistet. Das Geld kommt also jährlich herein und steht der Stadtverwaltung wieder für andere Zwecke zur Verfügung.

Zu GR. Nessel stellt der Redner fest, daß es kaum zweckmäßig wäre, ein Bauvorhaben von Haus aus höher zu dotieren, da das leicht dazu führen könnte, mit den Mitteln weniger sparsam umzugehen. Die Statik der Säulen kann man erst feststellen, wenn man die Grundmauern überprüft hat. Nachdem im Keller aber der Küchenbetrieb untergebracht war, konnte dies erst nach der Schließung des Betriebes und Entfernung der Verkachelung erfolgen. Hätte GR. Nessel an den Augenscheinverhandlungen teilgenommen, hätte er sich an Ort und Stelle davon überzeugen können, daß es anders nicht möglich war. Beschädigungen an der Fassade lassen sich bei solchen Bauvorhaben kaum vermeiden.

Abschließend stellt GR. Jodlbauer fest, daß der Kursalon nach der Fertigstellung des in seiner Nähe befindlichen PANAM-Hotels gut besucht werden wird. Das Hotel wird restaurantmäßig nicht so eingerichtet sein, daß alle Gäste gepflegt werden können. Diese Leute müssen also wo anders essen und hier wächst der Wert des Kursalons sehr. Dazu kommt noch, daß dort Kongresse mit bis zu 800 Personen abgehalten werden können. Die Wiener werden der Gemeindeverwaltung sicherlich bestätigen, daß sie mit ihrem Beschluß bezüglich Restaurierung des Kursalons richtig gehandelt hat.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne die Stimmen der KLS angenommen.

#### Beteiligung Wiens an der AUA

Hierauf begründet VBgm. Slavik den Antrag, für die Stadt Wien Aktien der AUA von Nominale 23,840.000 Schilling zu erwerben, wobei er die Ansicht vertritt, daß man nicht nur die wirtschaftliche Seite sehen dürfe, sondern auch die Lage Österreichs in Betracht ziehen und bedenken muß, daß Österreich und Wien ein Interesse daran haben, daß unsere Flugzeuge mit der rot-weiß-roten



Flagge Länder und Kontinente überqueren. So gesehen, sei die Neukonstruktion der AUA eine gute Lösung.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß man das Problem vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachten müsse und daß es ein zweifelhaftes Prestige sei, eine Flugverkehrsgesellschaft zu haben, für die bisher 400 Millionen aufgebracht werden mußten. Dazu kommt, daß in diesem Defizit-Unternehmen, das schon längst als fliegende Bundesbahn bezeichnet wird, die Proporzwirtschaft und die politische Protektion blühen. Bei einer anderen Luftfahrtgesellschaft halbiert man den Vorstand, wenn es zu finanziellen Schwierigkeiten kommt, bei uns scheinen finanzielle Schwierigkeiten der Anlaß zu sein, den Vorstand zu verdoppeln, und so hat unsere AUA zwei Kapitäne bekommen: einen schwarzen und einen roten. Muß sich die Stadt Wien unbedingt an einem Pleite-Unternehmen beteiligen, haben wir keine bessere Verwendung für unser Geld? Beteiligen wir uns an der AUA, wie sie uns heute erscheint, können wir das Geld geradeso gut gleich beim Fenster hinauswerfen.

In seinem Schlußwort erklärt Vizebürgermeister Slavik, wenn sich die Gemeinde Wien nicht beteiligt hätte, dann hätten GR. Dr. Schmidt und die "Neue Front" gefragt: Was ist das für eine Weltstadt? Es würde dann heißen: Die bösen Sozi oder die Rathauskoalition kümmern sich überhaupt nicht um die Probleme einer Weltstadt. Der Österreicher ist durchaus stolz darauf, daß wir eine eigene Fluggesellschaft haben und nicht auf die Gnade oder Ungnade einer anderen Gesellschaft angewiesen sind.

Es handelt sich um kein Prestige, sondern es geht darum, daß wir auf jeden Fall gesichert sind, daß Österreich mit der Welt auch durch den Flugverkehr verbunden bleibt. Selbstverständlich braucht so ein Unternehmen sowohl einen technischen wie auch einen kaufmännischen Leiter; beide kommen von anderen Fluggesellschaften und sind Fachleute. Das große Problem aller Fluggesellschaften liegt darin, daß sie für die Zukunft planen und bauen müssen, daß sich das aber wirtschaftlich in der Gegenwart auswirkt.

(Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

./.

Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) referiert einen Antrag auf Errichtung eines Gesellinnenheimes in Meidling in der Aichhorn-gasse 11. Viele junge Burschen und Mädchen, die in den Heimen der Stadt Wien aufwachsen, haben Schwierigkeiten, wenn sie das Heim verlassen müssen, führt die Referentin aus. Sie können oder wollen nicht in die Familie zurück und stehen vor der Aufgabe, eine Unterkunft zu finden. Um den jungen Menschen nun die Möglichkeit zu geben, in das selbständige Leben hineinzuwachsen, haben wir uns entschlossen, in Wien je ein Heim für Mädchen und für Burschen zu errichten. Heute liegt der Antrag zum Bau des Heimes für Mädchen vor. Die Pläne für das Burschenheim hofft die Referentin in der nächsten Sitzung des Gemeinderates vorlegen zu können. Das Mädchenheim hat Platz für 48 Personen. Die Kosten betragen 4,650.000 Schilling.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) sagt, niemand in diesem Saal wird die Notwendigkeit der Errichtung eines Gesellinnenheimes bestreiten. Stadtrat Jacobi hat sich auch sehr für das Heim eingesetzt. Es erhebt sich nur die Frage, warum man das Heim nicht schon längst gebaut hat, damals nämlich, als Vizebürgermeister Weinberger dafür eingetreten ist. Auch als die Verwendung des Brigittaspitales zur Diskussion stand, brachte die ÖVP den Antrag ein, ein Gesellenheim daraus zu machen. Damals wäre dieser Umbau viel billiger gekommen, denn das Kolpingwerk war bereit, die Kosten dafür zu übernehmen.

Die Rednerin erinnerte auch an Ausführungen von Stadtrat Thaller im Jahre 1958, der damals im Gemeinderat erklärt hat: "Ich glaube nicht, daß die Gemeinde Wien Gesellen gegenüber eine besondere Verpflichtung hat, denn Leute, die schon selbst verdienen, müssen für ihre Unterkunft in erster Linie selbst sorgen!" Auch Vizebürgermeister Honay habe die Schaffung eines Gesellenheimes abgelehnt. Wenn wir nun doch heute erleben, daß ein Gesellenheim errichtet werden soll, sagte die Rednerin, dann wolle sie ein Dichterwort variieren, das man beim Eingang zum Gemeinderatssitzungssaal anschlagen sollte: "Die, die ihr ein-tretet, laßt nicht alle Hoffnung fahren!" (Heiterkeit.)

In ihrem Schlußwort führt Stadtrat Maria Jacobi aus, daß damals, als der Umbau des Brigittaspitals zur Diskussion stand, die Schaffung eines Kinderheimes viel notwendiger gewesen sei.

Wenn man damals nicht sofort den Gedanken aufgegriffen hat ein Gesellenheim zu errichten, mag auch mitgespielt haben, daß die Untermieten vor einigen Jahren wesentlich billiger waren als heute.

Der Gemeinderat wird auch noch Gelegenheit haben, darüber zu beschließen, wie und in welcher Art das Heim geführt werden soll.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referentin einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Slavik beschäftigt sich dann mit der 1. Subventionsliste 1963 und nimmt zu einzelnen Subventionen Stellung, zunächst zu den Beiträgen, die für die Jugendverbände und die Organisationen der Widerstandskämpfer bereitgestellt werden. Er verweist dabei auf den Betrag von 172.600 Schilling, der der Österreichisch-Jugoslawischen Gesellschaft zur Pflege kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen überwiesen wird. Dazu bemerkt er, daß diese Gesellschaft in der Steiermark ein Denkmal für die im zweiten Weltkrieg gefallenen Jugoslawen und Österreicher mit einem Aufwand von drei Millionen Schilling errichtet hat. Der jugoslawische Staat hat sich bereit erklärt, 1,5 Millionen Schilling, die Bundesrepublik Österreich die andere Hälfte der Kosten zu tragen. Der von Österreich zu leistende Betrag wurde nun auf die einzelnen Bundesländer nach der Einwohnerzahl aufgeteilt.

Der Vizebürgermeister kommt dann auf die Subventionen an die politischen Parteien für kommunalpolitische Schulung zu sprechen. Die Höhe der Subventionen, sagt er, richtet sich nach der Stimmzahl, die die Parteien bei den Wahlen erhielten. Wien hat sich jetzt als letztes Bundesland für die Bereitstellung solcher Subventionen an die politischen Parteien entschlossen. Die Überlegungen, die zu diesem Entschluß geführt haben, haben nichts mit einer Geheimnistuerei zu tun, wie erst vor kurzem in Zeitungsberichten zu lesen war. Die Wiener Gemeindeverwaltung ist auf die Mitarbeit vieler ehrenamtlicher Funktionäre angewiesen, wie etwa der 700 Bezirksräte und 2.000 Fürsorgeräte, die im Interesse der Wiener Bevölkerung wertvolle Arbeit leisten. Die Aufgaben dieser Funktionäre werden vielfach unterschätzt. Man

müsse aber bedenken, daß die Bezirksräte bei unzähligen Kommissio-  
nierungen mitwirken und daß sie hierfür auch geschult werden  
müssen. Das gilt auch für die Fürsorgeräte, die darüber informiert  
sein müssen, welche gesetzlichen Bestimmungen angewendet werden  
können. Es gäbe verschiedene Schulungsmöglichkeiten für diese  
Funktionäre, und auch verschiedene Ansichten darüber, wer diese  
Schulung bezahlen soll. Bis jetzt war es so, daß den politischen  
Parteien, aus denen diese Funktionäre hervorgehen, die Bezahlung  
dieser Schulungskurse zugemutet wurde. Sie haben es meistens  
auch getan. Nach vielen Überlegungen ist es nun zu dem Magistrats-  
antrag gekommen, über den der Gemeinderat zu entscheiden hat.  
Vizebürgermeister Slavik stellt nochmals mit Nachdruck fest,  
daß es hier um keinen geheimen Antrag geht, wie von einem Teil  
unserer Presse behauptet wurde. Gegen Parteien zu schreiben,  
**erklärt er, heißt gegen die Millionen der Österreicher zu**  
schreiben, die Mitglieder dieser Parteien sind. Wenn man den Mut  
hat, gegen die Parteien zu schreiben, dann sollten diese Zeitun-  
gen auch den Mut haben, ihre Stimme gegen die Demokratie und  
für die Diktatur zu erheben. Daß wir die Freiheit in diesem  
Land haben, ist ein Verdienst der Österreicher, die sich in  
politischen Organisationen zusammengeschlossen haben. Ohne sie  
hätten wir bei uns keine freie Presse und auch keine freien  
Journalisten. Die Art, wie ein Teil unserer Presse die Bevölke-  
rung informiert, halte er daher für verfehlt und für die Demo-  
kratie schädlich. Hätte sich die Gemeinde Wien entschlossen,  
sagte Slavik abschließend, die Schulung der ehrenamtlichen  
Funktionäre selbst durchzuführen, hätte diese Presse bestimmt  
von einer Erweiterung des Verwaltungsapparates berichtet. Was  
den Verdacht betrifft, die politischen Parteien könnten mit  
dieser Subvention Plakate drucken lassen, würden die politischen  
Parteien bald ihren Irrtum bemerken. Sie hätten dann zwar  
Plakate aber keine geschulten Funktionäre.

GR. Bock (SPÖ) als einziger Debattenredner erklärt, daß  
es sich bei diesem Antrag um keine Sensation handeln könne. Wer  
darin etwas Sensationelles zu sehen glaubt, der kennt nicht  
die Situation in den Bundesländern. Wien kommt dabei nicht ein-  
mal auf ein Drittel der Subventionen, die in einem benachbarten

Bundesland bereitgestellt werden. Zur Anregung, man hätte über diese Subventionen öffentlich diskutieren sollen, stellt GR. Bock fest, daß fast alle Zeitungen zur Frage der Subventionierung der Parteien für Schulungszwecke eine positive Stellung eingenommen haben. Hier handelt es sich auch um keine Verklausulierung des Antrages, denn die Parteien sind alle namentlich deklariert und die Beträge ausgewiesen. In autoritären Staaten, sagt er, hat man kein Interesse an einer Mitarbeit der Bevölkerung, denn dort machen alles die Führer. Bei den Sozialisten wurde die Frage der politischen Willensbildung immer in den Vordergrund gestellt. Als Partei haben die Sozialisten sich die Aufgabe gestellt, im Interesse der Bevölkerung gute Kommunalpolitiker hervorzubringen. Das ist ihnen auch gelungen!

Vizebürgermeister Slavik verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird dann der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Lauscher (KLS) begründet dann kurz die Anfrage zur Frage der Staatsbürgerschaftsverleihung an Verbelen. Er gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß sich der Wiener Gemeinderat mit dem Fall Verbelen noch einmal beschäftigen muß, da der ehemalige SS-General nach dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes nicht ausgebürgert werden kann. Er stellt fest, daß die Begründung dieser Entscheidung in krassem Widerspruch zu den im Wiener Gemeinderat abgegebenen Erklärungen stehe. Er verlangt, man möge die Schuldigen zur Verantwortung ziehen und die Namen der Protektoren Verbelens nennen.

Der Gemeinderat lehnt hierauf die Behandlung dieses Antrages ab. Der Antrag wird dem Bürgermeister zur Beantwortung zugewiesen.

Alle anderen Tagesordnungspunkte wurden ohne Debatte angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -